



Die hohe Kunst der Ablenkung ...

Der „Flüchtlingsgipfel“ von Bund und Ländern war ein unwürdiges Gefeilsche um Geld und eine Steilvorlage für alle Rechten (nicht nur von der AfD), weil bei diesem Gefeilsche von allen Seiten so getan wurde, als ob „die Flüchtlinge“ uns auf der Tasche liegen würden.

In der Tat kommen viele Kommunen finanziell an ihre Grenzen, was Unterbringung, Sprachkurse usw. angeht. Aber die Regierenden beherrschen vor allem die Kunst uns zu belügen, indem sie mit scheinbaren finanziellen Sachzwängen argumentieren, um diejenigen aus der Schusslinie zu nehmen, die uns wirklich auf der Tasche liegen: die Superreichen und ihre Konzerne.

Wofür ist Geld da und wofür nicht?

Diese Frage ist der Kern des Problems und es ist eine politische Frage. Unternehmens- und Vermögenssteuern werden seit Jahrzehnten gesenkt und die Schuldenbremse wurde eingeführt, beides um den „Sachzwang“ herbeizuführen, dass für öffentliche Daseinsfürsorge und Sozialausgaben kein Geld da ist und angeblich gespart werden müsse. Als es während der durch Corona ausgelösten Wirtschaftskrise plötzlich darum ging, mit vielen Hunderten Milliarden die Unternehmen zu subventionieren und somit öffentliche Gelder in private Taschen zu pumpen, wurde die Schuldenbremse kurzerhand ausgesetzt. Um 100 Milliarden in die Bundeswehr, also auch in die Taschen der Rüstungskonzerne, zu pumpen, wurde die Schuldenbremse umgangen, indem man das Ganze „Sondervermögen“ nannte. Alles kein Problem.

Aber wenn es um die versprochene Kindergrundversicherung geht, um Klimaschutz oder ... um Geflüchtete, dann ist die Schuldenbremse plötzlich wieder da. Und uns wird suggeriert, dass Geld für Flüchtlinge dann anderswo fehlen würde.

Endlich entdeckt: „sichere Drittstaaten“

Jetzt gibt es eine Milliarde Geld vom Bund zur Unterstützung von Ländern und Kommunen, dafür wird das Asylrecht noch weiter ausgehöhlt und allen Geflüchteten das Leben noch schwerer gemacht. Vor allem sollen sie möglichst gar nicht erst nach Deutschland kommen dürfen und es werden mehr Abschiebungen angekündigt. Dafür soll auch die Liste angeblich sicherer Länder auf der Welt ausgeweitet werden, in die Geflüchtete sofort zurückgeschoben werden können.

Es klingt wie Hohn: Auf der ganzen Welt spitzen sich bewaffnete Konflikte zu, es gibt eine als „Zeitenwende“ bezeichnete Militarisierung sondergleichen, der Klimawandel verschärft die verzweifelte Situation von Hunderten Millionen Menschen weltweit noch mehr. Nicht umsonst sind so viele Menschen auf der Flucht wie nie zuvor. Und da erklärt „unsere“ Regierung, es gibt doch eine ganze Reihe neuer sicherer Länder, die wir bisher nur noch nicht auf dem Schirm hatten. Sollen die Geflüchteten doch dorthin!

Ein Blick auf's große Ganze

In Wirklichkeit ist es die Verantwortung der großen Konzerne und ihres kapitalistischen Wirtschaftssystems, dass die Welt ein immer unsicherer Ort wird. Die Rüstungskonzerne befeuern kriegerische Auseinandersetzungen. Die Energiekonzerne und die dahinterstehenden Banken befeuern den Klimawandel. Die Regierung unterstützt sie und ist nicht einmal gewillt, eine kostenlose Maßnahme wie ein Tempolimit auf Autobahnen einzuführen, die ein bisschen Treibhausgase einsparen könnte. Wirklich kriminell, dieser Umgang mit unserem Planeten. Doch wer wird stattdessen kriminalisiert? Die Aktivist:innen der „letzten Generation“, die mit ihren verzweifelten Klebeaktionen dagegen protestieren. Das ist das Hauptgeschäft der Politiker:innen der großen Parteien: Ablenkung vom wirklich Wichtigen. Die „Klimakleber“ nerven mit ihren Aktionen, die in Wahrheit nur einen Bruchteil der tagtäglichen Staus verursachen? Wunderbar, damit kann man von der Untätigkeit beim Klima ablenken!

Und die Geflüchteten sind ein ebenso willkommener Anlass, um von sozialen Sparmaßnahmen abzulenken. Der CDU-Innenpolitiker Throm bringt die dreiste unterschwellige Hetze unserer Regierenden auf unheimlichste Art und Weise auf den Punkt: „...Ein üppiges Asyl- und Sozialsystem und ungeschützte Grenzen passen auf Dauer in unserer mobilen Welt nicht zusammen.“ Der Typ ist also der Meinung, wir hätten ein „üppiges Sozialsystem“?! Ahja. Und ein Asylrecht, das den Namen verdient gibt es schon lange nicht mehr. Da müssen wir dagegenhalten: Ein üppiges Profitsystem passt mit den sozialen Bedürfnissen in unserer mobilen Welt nicht zusammen!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Sind die Preise zu hoch, sind die Löhne zu niedrig

Laut Statistischen Bundesamt sind die allgemeinen Preise im Vergleich zu April letztes Jahr um 7,2% gestiegen; aber schon 2022 gab es Inflation und noch dazu steigen die Lebensmittel- und Energiepreise viel stärker! Bei Lebensmitteln aktuell 17,2%, aber es waren schon mal über 22%. Dafür sind die von der DB angebotenen Erhöhungen – noch dazu über 2 Jahre – mickrig. Und gerade beim Mindestlohn, 12 Euro sind das ja nur, machen 5% und nächstes Jahr 5% nur 13,20 Euro. Das verpufft wie nix. Deshalb ist die Mindestlohnsteigerung von 650 Euro so wichtig. Die Bahn pokert, uns weniger als die Hälfte der Forderungen zu geben und wer weiß, was die EVG-Verhandlungsleute bereit sind zu unterschreiben. 650 sind vernünftig!

Ab Sonntag alle gemeinsam!

Der nächste Streik war bitter nötig. Ob wirklich bei Regio und S-Bahn nichts fährt, in den Werkstätten nichts läuft und die Systeme nicht laufen oder am Mittwoch alles im Sinne des Vorstands reibungslos wieder anläuft, hängt davon ab, dass maximal Leute mitstreiken. Sonst lastet die Verantwortung für den Erfolg auf den Schultern zu weniger. Die sogenannten Führungskräfte werden sich über jeden fahrenden Zug freuen und das öffentlich ausschlagen. Das gönnen wir denen nicht. Also machen wir uns einen schönen Streik, auf den wir stolz sein können. Alle gemeinsam und zusammen!

Streikst du schon oder überlegst du noch?

Auch die GDLer sind zum Streik eingeladen, wie alle, die in keiner Gewerkschaft sind. Die EVG hat das erklärt. Es bekommt eh niemand Streikgeld und vor dem Boss sind wir alle gleich. Rechtlich knebelt die „Friedenspflicht“ die GDL-Leitstelle, aber nicht die einzelnen Leute an der Basis. Die Gewerkschaftskonkurrenzen sind von gestern und helfen nur Seiler. Der Streik zeigt, wer wo steht. Halten wir Augen und Ohren offen, es wird Streiklokal und Kundgebung (Montag 12 Uhr Friedrichstraße) geben, Kaffee in der Sonne mit Kollegen ist besser als rumhängen in ner Ecke. Außerdem ist es nötig, dass wir zusammen kommen, es gibt viele Dinge zu besprechen, Streikversammlungen sind dafür da.

Lockdown á la Deutsche Bahn

Mit der Einstellung des Fernverkehrs entzieht die DB dem Streik in gewisser Weise die Grundlage. Das ist ihre Art, die Streiksituation zu bewältigen. So hoffen sie, die Züge gut schon im Vorfeld organisieren und die Streikfolgen minimieren zu können. Und Fahrgäste werden viel weniger in den Bahnhöfen stranden und sich mit Streikposten vermischen. Wenn jeder isoliert in seiner Ecke bleibt, hofft der Vorstand, aus der Nummer gut kontrolliert rauskommen zu können.

Und wie nach den 50 Stunden weiter?

Wird die 3. Warnung an den Vorstand reichen? Die nächste Etappe ist der unbefristete Streik. Die Urabstimmung wäre ein Zeichen zu zeigen, wieviele hinter den Forderungen stehen. Und der Streik muss stören. Alle wissen, dass es ein paar Tage braucht, bis wirklich

alles steht und sich nichts mehr vor und zurück bewegt und auch in den Werkstätten die Arbeit aufläuft. Davor muss die Bahn echten Schiss haben.

Ansteckungsgefahr?

Seiler und Buchner haben pünktlich zur Streikankündigung ihr Herz für die Fahrgäste entdeckt, die sie vor dem „überflüssigen“ Streik schützen wollen. Aber sie aben Bammel, dass der Streik gar nicht so unbeliebt ist. Denn Hunderttausende haben selbst schon gestreikt, die Hafendarbeiter, bei der Post, im Öffentlichen Dienst.... Überall gab es Forderungen wie bei uns oder höher (BSR hatten 16% und Krankenhausbewegung in Berlin hatte 19% verlangt). Es gibt viele andere Tarifrunden, die anstehen. „Maßlos und völlig überzogen“ sind unsere Forderungen in der Bevölkerung nicht. Sie gucken auf uns mit Erwartung!

Die Liste ist zu lang

Anfang Mai starben in Hürth zwei Arbeiter, 27 und 31 Jahre alt, als ihre Arbeitsgruppe von einem IC der DB erfasst wurde. Sie sollten im Auftrag der DB Gleisarbeiten erledigen. Die Presse schreibt, dass der eine Kollege von der Baufirma war und der andere von einer Sicherheitsfirma. Die Abläufe mit dem Fahrdienstleiter hätten wohl nicht funktioniert. Könnte es sein, dass die Beauftragung von Sub-Sub-Unternehmen die Risiken erhöhen? Dafür trägt die DB die Verantwortung. In den letzten Monaten gab es mehrere getötete Arbeiter an Gleisen; letzten Oktober in Marzahn. Wir sind nicht Lokführer geworden, um Tötungsmaschinen zu fahren.

Pausenräume des Monats

Der S-Bahn-Betriebsrat hat zu Recht ein ekliges Bild aus dem Pausenraum Lichtenberg veröffentlicht. Wir ersparen euch Bilder von diversen Klos und das Loch Buch könnte auch in die Galerie. Wer aber im DB Tower unterwegs ist oder der Kantine der Geschäftsführung oder den anderen Teppichetagen, möge ein Foto posten. Vorbilder wirken.

Züge fahren nicht? Ziel erreicht?

Laut Süddeutscher Zeitung und NDR hat die DB einen „dreistelligen Millionenbetrag“ an Boni an 3.800 sogenannte Führungskräfte, insgesamt 30.000 Leute, gezahlt. Damit die Boni hoch genug ausfallen, wurden die Kriterien geändert. „Kundenzufriedenheit“ und „Pünktlichkeit“ wurden gestrichen. Der Vorstand weiß, was gut tut. Geld geht immer. 50 Stunden Warnstreik sind zu harmlos...

Zu hoch gepokert

Regio hat einen neuen Bettelbrief aufgelegt und kratzt an unserer Tür. Sie betteln um unsere Arbeitskraft und Krieg, Krise und Inflation müssen dafür erhalten und die arme „starke Schiene“ auch. Wir „dürfen“ auf Zusatzurlaubstage verzichten gegen ein bisschen Geld. Ganz schlechtes Timing. Und hoffnungslos, denn die Arbeit ist zu anstrengend, dass trotz nicht grade üppiger Löhne, man lieber die Zusatztage nimmt. Die 12 Tage Urlaub brauchen wir tatsächlich alle.

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

flugblatt_bahn@gmx.de || www.zugfunke.sozialismus.click || Facebook: Der Zugfunke